Eine Notiz zum Thema „Nachhaltigkeit als Kernelement der Versicherungswirtschaft“

J.-Matthias Graf von der Schulenburg

Online publiziert: 15. September 2011
© Springer-Verlag 2011

Als Hans Carl von Carlowitz 1713 in seinem Werk *Sylvicultura oeconomica* über die Prinzipien der Forstwirtschaft den Begriff der Nachhaltigkeit oder der nachhaltigen Nutzung prägte, hätte er wohl nie gedacht, dass dieser Begriff 300 Jahre später einen solchen Siegeszug beschreiten würde. Er ist derzeit in aller Munde. Im Zusammenhang mit regenerierbaren Systemen ist der Begriff unmittelbar einleuchtend: In einem Forst kann man nur langfristig so viel schlagen, wie nachwächst. Schlägt man mehr, dann wird der verbleibende Bestand immer weniger und ist irgendwann Null. Diese Erfahrung wurde in vielen Teilen der Welt gemacht, wo durch massiven Holzeinschlag in dem vergangenen Jahrhundert aus einstigen Wäldern kahle Berge entstanden sind.

In der Forstwirtschaft hat die Erkenntnis nachhaltigen Wirtschaftens weitreichende Folgen: Forstwirte kalkulieren anders als sonst üblich. Bei einer Umtriebszeit von Bäumen von z.B. 120 Jahren profitiert der Waldbesitzer heute von den Bäumen, die sein Groß- und Urgroßvater gepflanzt hat. Er verwendet dann einen Teil des Ertrages wieder zur Aufforstung und Neubegründung von Beständen, von denen dann sein Enkel erst wieder profitiert. Kalkulationsprinzipien, die die moderne Betriebswirtschaftslehre predigt, würden versagen: Der auf den heutigen Tag abdiskontierte Cash Flow eines in 120 Jahren zu fällenden Baumes ist bei einem auch noch so geringen Diskontsatz so gering, dass die Kosten einer Neuanpflanzung sich nicht lohnen würden. Hingegen würde ein sukzessives Abtragen der Bestände aus betriebswirtschaftlicher Sicht mehr Sinn machen. Bei Forstwirten tritt also an die Stelle des an Ertragszielen ausgerichteten Wirtschaftens ein dynastisches Wirtschaftsdenken – ein für heutige Zeiten und Ökonomen ungewöhnliches Verhalten.

J.-M. Graf von der Schulenburg (✉)

Institut für Versicherungsbetriebslehre, Leibniz Universität Hannover, Königsworther Platz 1,
30167 Hannover, Deutschland
e-mail: jms@ivbl.uni-hannover.de

In der Forstwirtschaft, aus der der Begriff der Nachhaltigkeit stammt, hat diese Erkenntnis eine Reihe von Konsequenzen. Größere Forstbetriebe sind gesetzlich verpflichtet, eine langfristige dynamische Kalkulation ihrer Bestände zu erstellen und hieraus die detaillierte Planung einer nachhaltigen Bewirtschaftung abzuleiten. Solche Pläne heißen Forsteinrichtung und bedürfen der staatlichen Anerkennung. Diese Regulierung ist vergleichbar mit den in der Versicherungswirtschaft bekannten Solvabilitätsvorschriften. Zudem hat die Forstwirtschaft zur Einhaltung der langfristigen Pläne die Möglichkeit nach dem Waldschadensgesetz Sonderrückstellungen zu bilden. Das Einkommenssteuergesetz erlaubt der Forstwirtschaft besondere Abschreibungen bei Kalamitäten. Eine in der Versicherungswirtschaft vergleichbare Regelung sind die Schwankungsrückstellungen und Rückstellungen für Beitragsrückerstattung.

Diese Art des langfristigen Denkens ist keine Erfindung der Moderne, sondern eine uralte Erkenntnis, die mal offener oder in Methaphern formuliert wird. So lesen wir in dem vor 2500 Jahren geschriebenen Buch Prediger 9, Vers 11: „Ich wandte mich und sah unter der Sonne, dass nicht den Schnellen der Lauf gehört und nicht den Helden der Krieg und auch nicht den Weisen das Brot und auch nicht den Verständigen der Reichtum und auch nicht den Kenntnisreichen die Gunst, den Zeit und Schicksal trifft sie alle.“ Dies ist eine Warnung an jeden, der an den Segen eines kurzfristigen Erfolgs glaubt.

Heutzutage bedeutet der Begriff Nachhaltigkeit vor allem etwas Gutes und wird deshalb gerne viel und auf vieles angewendet. Auch gibt es immer neue Wortschöpfungen mit dem Begriff Nachhaltigkeit, wie Nachhaltigkeitsperformance, Nachhaltigkeitsleistung und Nachhaltigkeitsmanagement, und es werden sogar Nachhaltigkeitspreise für besondere Leistungen im Sinne der Nachhaltigkeit, wie immer sie definiert wird, verliehen. Viele Unternehmen machen auch für sich geltend, dass sie das Prinzip der Nachhaltigkeit längst verinnerlicht haben: So kommt der im Januar 2011 veröffentlichte Versicherungsmonitor für die Assekuranz 2010 des Instituts für Versicherungswirtschaft der Universität St. Gallen zum Ergebnis, dass „für 94 % der Versicherungsunternehmen das Thema Nachhaltigkeit bereits für den geschäftlichen Erfolg relevant ist“. Es stellt sich die Frage, was das bedeutet, da die Beziehung des Versicherungsgeschäftes und des Begriffes Nachhaltigkeit nicht offensichtlich ist.

Auf seiner Jahrestagung hat sich der Deutsche Verein für Versicherungswissenschaft am 16. März 2011 mit der Frage beschäftigt, woran man festmachen kann, dass Nachhaltigkeit ein Kernelement der Versicherungswirtschaft ist. In der Sozialversicherung ist die Übertragung des Begriffs noch einfach verständlich. Angesichts des in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung angewandten Umlageverfahrens kommt es zu intergenerativer Umverteilung. Wenn in Zukunft die Zahl der Enkel nur noch ein Drittel der Großelterngeneration ist, dann wird jeder einzelne unvergleichlich viel mehr zur Finanzierung der Leistungen an die Alten beitragen müssen. Das Prinzip der Nachhaltigkeit würde erfordern, dass Reserven zur Finanzierung dieser Alterslast von den heutigen Beitragszahlern gebildet werden.

In der Individualversicherung ist die Beziehung nicht so unmittelbar herzustellen. In zwei Vorträgen beleuchteten der Vorstandsvorsitzende der Münchener Rück, Dr. Nikolaus von Bomhard und der ehemalige Verfassungsrichter Prof. Dr. Bruno-Otto Bryde diese komplexe Fragestellung. Von Bomhard stellte eine Beziehung zwischen dem Thema und Solvency II her. Die staatliche Versicherungsaufsicht stellt si-

cher, dass die Versicherungsunternehmen auch auf lange Sicht ihr Leistungsversprechen erfüllen. Bryde erläuterte den Begriff anhand der Verfassungsgerichtsurteile zur Lebens- und Krankenversicherung aus den Jahren 2005 und 2009. Die Eigentumsgarantie der Verfassung und das Sozialstaatsgebot fordern eine langfristige Bewertung des Versicherungsgeschäftes.

Es geht also bei dieser Interpretation des Nachhaltigkeitsprinzips vor allem um die Betonung der Langfristigkeit und Stabilität des Geschäftsmodells angesichts sich ändernder Rahmenbedingungen und immer komplexer werdender Risikosituationen.

Die Frage ist, ob zur Erreichung dieses langfristigen Denkens staatliche Regulierung – wie Solvency II und das Eingreifen des Verfassungsgerichtes – nötig ist. Die Frage lässt sich ggf. plastisch an einem regenerierbaren System, wie die Fischbestände unserer Weltmeere, erläutern. Natürlich ist es im Interesse jedes Fischers, dass diese Bestände erhalten bleiben. Dennoch besteht die massive Gefahr der Überfischung. Drei Gründe könnten hier für eine internationale Regulierung der Fangquoten sprechen. Erstens handelt es sich bei den Fischbeständen um öffentliche Güter. Sie sind häufig der Grund für free rider Verhalten, d.h. wer zu viel fischt, dem geht es besser zu Lasten der Gemeinschaft. Auf die Versicherungswirtschaft übertragen bedeutet dies, dass die Reputation des Geschäftsmodells Versicherung davon abhängt, dass die Menschen davon überzeugt sind, dass die Unternehmen ihre langfristigen Leistungs- und Garantieversprechen wirklich einhalten werden. Auch wenn sich die Mehrzahl der Unternehmen nachhaltig verhält, könnten einzelne eine free rider Position einnehmen. Sie profitieren von der Reputation der Branche, bieten aber Produkte mit Leistungsversprechungen an, die nur zu halten sind, wenn keine größeren Risiken eintreten. Wenn das passiert, sind alle in der Branche die Leittragenden. Der Ökonom spricht in diesem Falle von der Notwendigkeit der Internalisierung negativer externer Effekte.

Zweitens ist die Zeitpräferenzrate von Menschen und Entscheidungsträgern häufig höher als die der Gesellschaft. Dies führt zu einer Übernutzung der Ressourcen in der Gegenwart. Staatliche Regulierung kann durch Rechnungslegungs- und Risikokalkulationsvorschriften diesem Kurzfristdenken entgegen. Drittens gibt es einen natürlichen Konflikt zwischen Aktionären und dem am langfristigen Bestand des Unternehmens orientierten Management. Ein Aktionär kann ein Großteil seiner Risiken durch Diversifizierung seines Aktienportefeuilles eliminieren und hat deshalb kein großes Interesse daran, dass das einzelne Unternehmen erhebliche Ressourcen für die Risikoabsicherung aufwendet. Es ist jedenfalls interessant, dass große Forstbetriebe, deren Geschäftsmodell ohne Nachhaltigkeit nicht vorstellbar ist, in der Regel staatlich oder in privater Eigentümerschaft sind. Aktiengesellschaften sind in dieser Branche selten oder nicht vorhanden.